

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Für unser Bürgerrecht und den zukünftigen Weg der Schweiz: Ja zur Einbürgerungsinitiative!
Von Nationalrat Hans Fehr

Seite 4



Qualität, Wettbewerb und Transparenz im Gesundheitswesen – Ja zum Gesundheitsartikel!
Von Jacqueline Hofer

Seite 12



Abstinenz ist das Ziel – Referendum gegen die liberale Drogenpolitik.
Von Nationalrat Toni Bortoluzzi

Seite 13

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 5/2008

Nein zum Richterdiktat – Ja zu demokratischen Einbürgerungen

Nationalrat Toni Brunner S. 3

Moloch EDK – Bildungsbürokratie ohne Kontrolle

Kantonsrat Matthias Hauser S. 5

Petition gegen das Anti-Pilatus-Gesetz des Bundesrates!

Peter Keller S. 6

Ueli Amstad – erster SVP-Regierungsrat in Nidwalden

Peter Keller S. 8

Kamikaze-Freihandel in der Landwirtschaft?

Nationalrat Luzi Stamm S. 9

Opposition konkret

Patrick Freudiger S. 10

Einbürgerungen: das letzte Wort gehört den Gemeinden!

Mit der Einbürgerungsinitiative der SVP erhalten die Gemeinden wieder das letzte Wort bei Einbürgerungsentscheiden. Der Zustand, wie er seit jeher und bis 2003 in der Schweiz Bestand hatte, würde damit wiederhergestellt. Die endgültige Entscheidung, wer Schweizer werden soll und wer nicht, muss ein politischer Entscheidung bleiben und darf nicht zum Verwaltungsakt verkommen. Dadurch können Masseneinbürgerungen verhindert und die Volksrechte gestärkt werden. Ausserdem wird auch den bisherigen Volksentscheiden gegen erleichterte Einbürgerungen Rechnung getragen.

Am 2. Mai wurde das grösste Plakat, das in der Schweiz jemals für politische Kommunikation eingesetzt wurde, präsentiert. Es befindet sich an der Aussenfassade eines Parkhauses an der Pfingstweidstrasse 1 in Zürich und misst 11,68 Meter mal 13,57 Meter!

Dieses Megaplakat ist ab sofort und bis zur Abstimmung vom 1. Juni 2008 an diesem Standort zu sehen. Es wirbt für ein Ja zur Einbürgerungsinitiative der SVP.



Die SVP-Nationalräte Hans Fehr und Andrea Geissbühler bei der Präsentation des grössten politischen Plakates, das die Schweiz je gesehen hat.

Reklame

Win-win
statt Blabla.

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch



..... Expl.	SVP-Fussball NEU	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look» NEU	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe NEU	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 25.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 x / Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Yves Bichsel, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

Nein zum Richterdiktat - Ja zu demokratischen Einbürgerungen



Die Demokratie ist die Staatsform, in welcher der freie Bürger frei entscheidet. Was er auf den Stimm- oder Wahlzettel schreibt, ist sein persönlicher Entscheid. Darüber ist er niemandem Rechenschaft schuldig, ausser sich selbst. Das muss so sein: Gäbe es ein Überwachungsgremium, das beim Urnengang unsere Motive überprüfen würde, wären wir Bürger nicht die oberste Instanz im Staat. Und unser Staat wäre dann keine Demokratie; der Bürger wäre nicht mehr Bürger, sondern Untertan. Solche Gesinnungsüberwachung gibt es im Iran und in Weissrussland – einer Demokratie aber ist sie fremd.

Nur: Im Sommer 2003 hat das Bundesgericht in dreister Weise Gesetz und die eigene politische Weltsicht durcheinandergemischt. Das Recht zur Einbürgerung wurde dem Stimmbürger entzogen und der Justiz übertragen. Eine Begründungspflicht

wurde eingeführt, wie das in der Juristensprache heisst.

Damit hat das Bundesgericht sich in ordnungswidriger Weise Kompetenzen zugeschrieben und gleichzeitig auch den föderalistischen Aufbau unseres Staates missachtet. Das traditionelle Recht der Gemeinde, über die Aufnahme neuer Mitglieder zu befinden und auch die Regelungen hierzu selbst festzulegen, ist uns Bürgern per Richterdiktat entzogen worden.

Seither müssen wir unser Stimmverhalten dem Richter erklären. Aber wenn wir dem Richter rapportieren müssen, weshalb wir so und nicht anders entscheiden, dann ist nicht mehr das Volk Souverän, dann sind die Richter Souverän. Diese entscheiden dann, ob ihnen die Begründung des Bürgers passt oder nicht. Und wenn der Richter eine andere Auffassung hat als die Mehrheit der

Bürger, hebt er den Mehrheitsentscheid kurzerhand auf! An die Stelle des Volksentscheides setzt der Richter den Richterbefehl, seinen eigenen Entscheid gemäss seiner eigenen, persönlichen Gesinnung.

Da muss jeder Demokrat erschrocken zusammensucken: Was wir an fremden totalitären Staaten zu Recht kritisieren, führen linke Politiker und machtstrebende Richter auch in unserem Land ein: nämlich, dass wenige über viele bestimmen, dass Einzelne sich über das Volksmehr hinwegsetzen.

Diese Richterüberheblichkeit braucht am 1. Juni eine kräftige Antwort des Volkes: Ja zu Rechtsstaat und Demokratie, Ja zu den Volksrechten, Ja zur Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen!

Ihr Toni Brunner

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Hans Fehr, SVP/ZH, Geschäftsführer AUNS

Das letzte Wort bei Einbürgerungsfragen gehört den Gemeinden

Die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» sorgt dafür, dass unser Bürgerrecht, das mit weltweit einzigartigen Volksrechten verbunden ist, nicht wie ein Massenartikel verschleudert wird. Über Einbürgerungen soll wieder definitiv auf Gemeindeebene entschieden werden, wie dies bis Mitte 2003 der Fall war.

Im Jahre 1990 wurden in unserem Land 6183 Ausländer eingebürgert; derzeit sind es gegen 50 000 pro Jahr. Von den Eingebürgerten stammen rund 50% aus Ex-Jugoslawien und der Türkei. Von 1990 bis 2007 wurde der Schweizer Pass an über 450 000 Ausländer abgegeben. Dies entspricht der gesamten Einwohnerzahl von Bern, Basel, St. Gallen, Luzern und Neuenburg.

Diese inflationären Einbürgerungszahlen sind massgeblich auf einen Bundesgerichtsentscheid vom Juli 2003 zurückzuführen: Das Richter-gremium hat damals eigenmächtig entschieden, abgewiesene Gesuche müssten begründet werden. Jeder Gesuchsteller hat somit auch ein Rekursrecht und kann den Richter anrufen. Die Verleihung des Bürgerrechts – während 150 Jahren eine



desgerichtsentscheid wieder her, indem sie die Verfassung wie folgt ergänzt: «Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.»

Damit ist klar: Der Einbürgerungsentscheid ist wieder ein demokratischer Entscheid und kein Verwaltungsakt; Masseneinbürgerungen werden gestoppt. Zweitens: Die Bürger jeder Gemeinde legen fest, ob der Gemeinderat, eine gewählte Kommission, das Gemeindeparlament, die Gemeindeversammlung oder die Stimmbürger an der Urne definitiv über die Einbürgerungen entscheiden.

urdemokratische politische Entscheidung der Stimmbürger, die keiner Begründung bedarf – wurde damit zu einem Verwaltungsakt degradiert. Das ist umso unverständlicher, als die Schweiz, gemessen an der Gesamtbevölkerung, europaweit am meisten Ausländer einbürgert. Der Bundesgerichtsentscheid bewirkt, dass die Einbürgerungsinstanzen Gesuche im Zweifelsfall gutheissen. Sie riskieren sonst einen Rechtsstreit mit der Folge, dass die Rekursinstanz ihren Entscheid umstossen kann. Das führt dazu, dass auch schlecht integrierte, sozialhil-feabhängige oder gar straffällige Ausländer eingebürgert werden. So geht die Taktik der Linken und der übrigen Multikulti-Apostel auf: Mit Masseneinbürgerungen wollen sie den hohen Ausländeranteil und die weit überdurchschnittliche Ausländerkriminalität statistisch senken und beschönigen.

Die Einbürgerungsinitiative stellt den bewährten Zustand vor dem Bun-

Die gegnerischen Behauptungen, wonach die Initiative gegen Menschenrechte verstosse, ist absurd. Zudem ist der Gegenvorschlag des Parlaments, der anstelle der Initiative zum Tragen käme, eine Bauernfängerei: Man tut so, als wäre die Einbürgerung ein politischer Entscheid, hält aber an der Begründungspflicht und am Rekursrecht fest.

Mit Ihrem Ja zur Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» am 1. Juni 2008 korrigieren Sie einen folgenschweren Bundesgerichtsentscheid. Und Sie sorgen dafür, dass das Schweizer Volk auch bei Einbürgerungen wieder das letzte Wort hat.

Diese Vorlage ist deshalb für die Zukunft des Bürgerrechtes, die Erhaltung der Rechte der Schweizer und den zukünftigen Weg der Schweiz von eminenter Bedeutung.

Werbung

TROUVAILLES
Kunstgalerie

Permanente
Gemälde-Ausstellung
des 19.–20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 12.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Akkura GmbH Immobilien-Treuhand mit Herzblut

 Mietliegenschaften
Stockwerkeigentum
Schätzungen
Beratungen

Wir nehmen uns Zeit für Sie
persönliche Betreuung durch
Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder
Immobilienverwalter mit eidg. FA

Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen T: 056 610 10 92 www.akkura.ch 

Matthias Hauser, Kantonsrat, Hüntwangen ZH

Moloch EDK – Bildungsbürokratie ohne Kontrolle

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) betreibt eine Bürokratie, die parlamentarisch nicht beaufsichtigt ist. Mit HarmoS setzt sie verbindliches Recht und verletzt so das Prinzip der Gewaltentrennung.

Bundesverfassung und Kantonsverfassungen bestimmen, dass Parlamente für die Oberaufsicht der Verwaltungen zuständig sind. Selbst öffentlich-rechtliche Anstalten, wie zum Beispiel kantonale Elektrizitätswerke, Kantonalkassen, Spitäler oder Hochschulen, werden durch parlamentarische Kommissionen beaufsichtigt. Die Gewaltentrennung des Staates in Exekutive, Legislative und Judikative bekämpft Willkür nur, wenn sich die Gewalten gegenseitig kontrollieren. Dies wird vernachlässigt, wenn mehrere Kantonsregierungen zusammen ein Sekretariat unterhalten. Welches Kantonsparlament ist zuständig? Jedes ein bisschen, keines richtig? Der Vorteil, dass nicht jeder Kanton das Rad neu erfinden muss, ist das Manko der fehlenden Oberaufsicht wert, immerhin erarbeiten Direktorenkonferenzen praktische Richtlinien zur Gesetzesausführung. Normalerweise halten sie die Administration in Grenzen und mischen sich nicht in die Gesetzgebung ein – mit Ausnahme der EDK, mit Abstand die grösste Direktorenkonferenz.

Weit grösser als manche Abteilung in Bundesbern

Über 50 Angestellte lassen sich alleine auf der Mitarbeiterliste des Generalsekretariats der EDK in Bern zählen. Dazu kommen mit je zwischen fünf und zehn Personen besetzte Sekretariate der vier Regionalkonferenzen, EDK Westschweiz (Neuchâtel), Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (Luzern), EDK Nordwestschweiz (Aarau) und EDK Ost (Schaffhausen). Die drei Letztgenannten unterhalten oben-



drein eine gemeinsame Geschäftsstelle. Diese suchte übrigens Anfang April einen Kommunikationsbeauftragten; zum richtigen Zeitpunkt, um auf kantonale HarmoS-Abstimmungen Einfluss zu nehmen. Die EDK führt vier gesamtschweizerisch tätige Institutionen, nämlich die Koordinationsstelle für Bildungsforschung, die Zentralstelle für die Weiterbildung von Mittelschullehrpersonen, die Fachstelle für Informationstechnologie im Bildungswesen und die Zentralstelle für Heilpädagogik, und sie unterhält ein eigenständiges Informations- und Dokumentationszentrum. Auch die Regionalkonferenzen führen Institutionen. Alles in allem eine Verwaltung, die weit grösser ist als manche Abteilung in Bundesbern.

Unter dem Dach der EDK sind über 500 Vertreter der Kantone, des Bundes und weiterer Partner in Arbeitsgruppen, Projektgruppen, Kontaktgruppen, Beiräten, Steuergruppen und Rektorenkonferenzen vernetzt. Auf regionaler Ebene kom-

men ähnliche Strukturen dazu, zum Beispiel die Kommission für den sprachregionalen Lehrplan. Amtsleiterkonferenzen (Volksschule, Mittelschule, Berufsbildung) und die regionalen und die nationale Konferenz der Departementssekretäre runden das Bild ab: ein Bildungsbürokraten-Moloch ohne Oberaufsicht.

HarmoS – Verletzung der Gewaltentrennung

Und der Moloch macht Gesetz: Die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) der EDK regelt verbindlich, was bis anhin von Kantonsräten diskutiert und mit Vorstössen modifiziert werden konnte und von der Bevölkerung mit Initiativen und Referendum mitgestaltet wurde. Blockzeiten und Tagesstrukturen, Bildungsmonitoring, Portfolios, Lehrpläne detaillierter als Stufenziele, Lehrmittel und die Unterstützung der Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur werden auferlegt. Allesamt Neuerungen, die es verdienen, innerhalb der Kantone beraten zu werden, und die nicht im Bildungsartikel der Bundesverfassung enthalten sind. Der legt fest, dass Schuleintrittsalter und Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen (also Primarstufe und Sekundarstufe als Ganzes), die Übergänge dieser Bildungsstufen und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen harmonisiert werden müssen. Damit war die Stimmbevölkerung mit 85 Prozent einverstanden (21. Mai 2006, Abstimmung über den Bildungsartikel in der Bundesver-

fassung). HarmoS geht weit darüber hinaus. Dem Souverän wird so die Gesetzgebung (auch die zukünftige) in Fragen entrissen, in denen er dies nie vorgesehen hat. Das Prinzip der Gewaltentrennung stirbt.

Will ein Gemeinderat zum Beispiel mittels Behördeninitiative erreichen, dass der Zwang zu Tagesstrukturen abgeschafft wird, müsste der betreffende Kanton aus HarmoS austreten. Das allerdings ist praktisch unmöglich, denn mit 17 übrigen Konkordatskantonen bleibt HarmoS allgemein verbindlich. Im Gründungskonkordat der EDK von 1970 waren sich die Bildungsdirektoren der Gewaltentrennung noch bewusst. Sie haben sich auferlegt, nur Empfehlungen zu erlassen. Dabei zu bleiben wäre auch heute überall dort korrekt, wo eine verbindliche Harmonisierung laut Bundesverfassung nicht vorgeschrieben ist. Doch so liessen sich linke Anliegen (Tagesstrukturen, Kurse für heimatliche Sprache und Kultur, Bürokratie) nicht flächendeckend erzwingen. Mit gemeinsamem Bildungsmonitoring und gemeinsamer Bildungsentwicklung ohne lästige parlamentarische Kontrolle sind Ideologien grenzenlos verwirklichtbar. Die EDK wird weiter wachsen und das Volk wird übers Ohr gehauen.

Bildungsdirektoren zur Raison zwingen

Es wäre demokratischer, die Bildung direkt beim Bund anzusiedeln. Überkantonale Bereiche, die heute von der EDK geregelt werden, erhielten so eine parlamentarische Aufsicht (National- und Ständerat) und gründeten auf beeinflussbarem Bundesrecht statt auf der Konkordatsvereinbarung. Doch die Stossrichtung der SVP darf nicht die Abschaffung der Kantonsautonomie sein: Vielmehr sind die Bildungsdirektoren zur Raison zu bringen. Sie müssen HarmoS auf das Nötigste stützen und für alles Übrige höchstens unverbindliche Richtlinien erlassen, die Bürokratie der EDK massiv verkleinern und eine Form der parlamentarischen Oberaufsicht vorschlagen. Dazu muss HarmoS, wie es heute vorliegt, in möglichst vielen Kantonen abgelehnt werden.

Peter Keller, Vizepräsident SVP Nidwalden

Petition gegen das Anti-Pilatus-Gesetz des Bundesrates!

Vorläufig keine NFA-Zahlung durch den Kanton Nidwalden!

Der Bundesrat hat jüngst ein Gesetz erlassen, das die Pilatuswerke unverhältnismässig bestraft, ja das ganze Unternehmen in seiner Existenz bedroht. Die Geschäftsleitung der Pilatuswerke hat sogar mit einem Abzug ihrer Tätigkeit aus dem Kanton Nidwalden gedroht.

Wir können den Bundesrat und insbesondere die Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard (CVP) nicht verstehen. Man gibt dem Druck linker Medien und Parteien nach. Das ist offenbar auch eine unmittelbare Folge der neuen Zusammensetzung im Bundesrat seit dem 12. Dezember. Ein international tätiger Unternehmer wie Christoph Blocher hätte einen solchen fatalen Entscheid zu verhindern gewusst. Zumal er sich anlässlich der SVP-Delegiertenversammlung in Nidwalden persönlich über die Pilatuswerke informiert hat und mit der Geschäftsleitung Gespräche geführt hat.

Die Pilatuswerke sind der grösste Arbeitgeber im Kanton. Mit allen indirekten Arbeitsplätzen leben rund 1800 Beschäftigte von den Pilatuswerken.

Die SVP Nidwalden wird alle Hebel in Bewegung setzen, um diesen verheerenden Bundesratsentscheid zu korrigieren. Mit folgendem Vorgehen:

1. Die SVP Nidwalden wird intensiv mit der SVP-Fraktion im Nationalrat zusammenarbeiten, um diesen Fehlentscheid in Bern zu korrigieren. Wir haben

bereits die Zusicherung des Parteipräsidenten Toni Brunner.

2. Wir werden eine Petition in Nidwalden starten. Inhalt: Nein zum Anti-Pilatus-Gesetz. Ja zu den Pilatuswerken Nidwalden.

3. Wir werden beantragen, die Millionenzahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) zurückzuhalten. Es kann nicht sein, dass ein Bergkanton solche Zahlungen in die Bundeskasse leistet, wenn der Mittellinks-Bundesrat dem Kanton



Nidwalden mit seiner wirtschaftsfeindlichen Politik die Existenzgrundlage raubt.

Pilatus Flugzeugwerke – die Fakten

Schon 2007 wurde im Bundesrat die Verschärfung des Güterkontrollgesetzes diskutiert. Doch Bundesrat Christoph Blocher wehrte sich damals gegen diese unsinnige Abstrafung der Pilatus Flugzeugwerke.

Nach der Abwahl Blochers durch die Linken und die CVP hat nun der neue Bundesrat die Bestimmungen doch noch verschärft. Damit bestraft er die Pilatuswerke, obschon sich das Unternehmen an alle Gesetze gehalten hat.

Die Nidwaldner Delegation hat bei Doris Leuthard offenbar wenig bis nichts erreicht: Die Volkswirtschaftsministerin hält an der Verschärfung fest. Jetzt gibt es nur den Weg über das nationale Parlament. Die

SVP Schweiz wird sich vehement gegen dieses Gesetz einsetzen. Und die Mitteparteien?

Zusätzlich braucht es den Druck durch die Bevölkerung. Unterstützen Sie unsere Petition (www.svp-nw.ch). Wir wollten übrigens die FDP für die Petition gewinnen. Dort hiess es, man sei «nicht geübt im Unterschriftensammeln»... Und der Gewerbeverband teilte mit, man habe gerade «keinen Postversand geplant»... Wir bleiben dran – und zwar mit Taten.

Martin Zimmermann
SVP-Landrat Ennetbürgen



Petition der SVP Nidwalden an den Bundesrat "JA zur Pilatus Flugzeugwerke AG, NEIN zur Verschärfung des Güterkontrollgesetzes"

Im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden des gefechtsmässigen Einsatzes eines militärischen Trainingsflugzeuges des Typs PC-9 in Tschad, hat der Bundesrat eine Überprüfung der Bewilligungskriterien für die Ausfuhr solcher Güter vorgenommen. Das Güterkontrollgesetz, das die rechtliche Grundlage für die Ausfuhr von militärischen Trainingsflugzeugen bildet, sieht eine Ablehnung nämlich nur vor, wenn ein internationales Embargo gegen ein Land besteht oder wenn im Rahmen internationaler Exportkontrollmassnahmen ein entsprechender Beschluss gefasst worden ist.

Mit dem vom Bundesrat am 2. April 2008 gefällten Beschluss, soll neu ein zusätzlicher Verweigerungsgrund geschaffen werden: "Das Vorliegen eines bewaffneten internen oder internationalen Konflikts oder die Gefahr des Einsatzes gegen die Zivilbevölkerung".

Die unterzeichnenden Personen verlangen vom Bundesrat, den am 2. April 2008 gefällten Entscheid betreffend die Ausführbestimmungen von Pilatus-Trainingsflugzeugen wieder aufzuheben und auf die unnötige und untaugliche Verschärfung des Güterkontrollgesetzes zu verzichten!

Auf dieser Liste können alle urteilsfähigen Personen (**unabhängig von Alter, Geschlecht oder Nationalität**) unterzeichnen, die obiges Anliegen unterstützen. Es muss nicht nach Wohnort separierte Listen geführt werden. Es darf ihnen daraus kein Nachteil erwachsen. Der Bundesrat hat von der Petition Kenntnis zu nehmen.

	Name Blockschrift handschriftlich	Vorname	Wohnadresse Strasse und Nr.	Wohnort	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Eigenhändige Unterschrift
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
7.						
8.						
9.						
10.						

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis bei einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 sowie Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Das Petitionskomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Petition mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: Peter R. Wyss, Michèle Blöchiger, Peter Keller, Christoph Keller, Roman Thürig, Jörg Genhart, Daniel Zwysig, Therese Niederberger, Res Schmid und Christian Landolt

Bogen zurückschicken an :

Wenn Sie das Anliegen dieser Petition unterstützen, dann schicken Sie den ganz oder teilweise ausgefüllten Bogen an:
Geschäftsstelle SVP Nidwalden, Postfach 121 , 6373 Ennetbürgen.

Weitere Bogen können dort bestellt oder direkt von den Homepages www.svp-nw.ch heruntergeladen werden. **Vielen Dank für die Unterstützung.**

Peter Keller, Vizepräsident SVP Nidwalden

Ueli Amstad – erster SVP-Regierungsrat in Nidwalden

Der kleine Kanton Nidwalden hat eine grosse Sensation geschafft: Die SVP ist neu in der Regierung vertreten. Mit Ueli Amstad aus Stans. Nach dem Einzug eines CVP-Regierungsrates in den Ständerat wurde eine Ersatzwahl nötig. Wir wollten dem Nidwaldner Volk eine echte Wahl ermöglichen. Mit unserem Fraktionschef Ueli Amstad fanden wir den perfekten Kandidaten: volksverbunden, kompetent und konsequent bürgerlich.

Bereits im ersten Wahlgang konnte sich Ueli Amstad gegen den CVP-Herausforderer deutlich durchsetzen. Er gewann in neun von elf Gemeinden und mit rund 600 Stimmen Vorsprung. Leider verpasste er das absolute Mehr um lediglich 19 Stimmen. Die CVP erzwang einen zweiten Wahlgang und wechselte dazu ihren Kandidaten in einem unschönen Manöver aus. Doch der Nidwaldner Souverän sprach darauf ein deutliches Wort: Ueli Amstad deklassierte den CVP-Kandidaten auf der ganzen

Linie. Dieses Mal gewann Amstad in allen Gemeinden und mit 8802 Stimmen – rund 3000 Stimmen mehr als der Christdemokrat!

Die SVP Nidwalden ist erst seit 2002 im Kantonsparlament vertreten. Ueli Amstad gehörte zu den ersten Landräten und er hat die Fraktion sechs Jahre lang mit Erfolg geführt. In dieser Zeit verschaffte er sich Einblick in sämtliche Dossiers und Geschäfte. Ausserdem gehörte er der wichtigen Finanzkommission an und konnte so positiven Einfluss nehmen, dass Nidwalden noch heute zu den finanzstärksten Kantonen in der Schweiz gehört. Er wird diese verlässliche Finanzpolitik nun auch in der Regierung fortsetzen.

Ueli Amstad ist gelernter Elektromonteur mit Meisterdiplom. In seiner beruflichen Tätigkeit konnte er seine

Führungsqualitäten anwenden, die er schon als Offizier und Gebirgsgrenadier sammeln konnte. Als dreifacher Vater kennt er die Freuden und Sorgen der Familien. Nun kann Ueli Amstad seine Erfahrungen und Fähigkeiten in die Regierung einbringen. Mit seiner Person nimmt ein verlässlicher SVP-Politiker erstmals Einsitz in die Nidwaldner Exekutive. Getreu den drei Versprechen, die er dem Nidwaldner Souverän vor dem Wahlgang abgelegt hat:

Für eine blühende Wirtschaft – damit die Menschen Arbeit haben und die Jungen eine Perspektive.

Für ein sicheres Nidwalden – damit sich alle bei uns wohl fühlen können.

Für gesunde Staatsfinanzen – denn jeder Franken, den der Kanton aus-



Ueli Amstad

gibt, muss zuerst verdient werden. Also Nein zu unnötigen Staatsausgaben. Ja zu einer konsequenten bürgerlichen Politik.

Die SVP Nidwalden wünscht dem neuen Regierungsrat viel Erfolg und Durchsetzungskraft. Seine Aufgabe wird keine leichte sein. Aber Ueli Amstad wird sich mit seiner ganzen Kraft zum Wohl des Kantons und seiner Bevölkerung einsetzen.

Werbung

AKTION

Für SVP-Freunde

FILME ÜBERSPIELEN

Wir überspielen Ihre N8/S8/VHS/Hi8/DVC-Filme auf DVD. Professionelle Qualität, kein Abfilmen ab Leinwand oder Glasscreen. Gyger Jürg, Kauenstrasse 4, 8887 Mels SG. Rufen Sie mich an ab 17.30 Uhr 081 723 57 67

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Luzi Stamm, Nationalrat SVP, Baden-Dättwil AG

Kamikaze-Freihandel in der Landwirtschaft?

Tragisch für unsere Bauern: Die Bundesräte, die in den letzten Jahren für die Landwirtschaft zuständig waren, Pascal Couchepin (bis 2002), Joseph Deiss (bis 2006) sowie Doris Leuthard (seit 2006), sind alle drei energische EU-Beitritts-Befürworter. Unter Pascal Couchepin hat die FDP in den 90er-Jahren beschlossen, das «strategische Ziel EU-Beitritt» zu verfolgen. Joseph Deiss hatte in Bundesbern immer den Ruf eines «EU-Turbos». Und Doris Leuthard hat in ihrer politischen Karriere seit je einen EU-Beitritt angestrebt.

Es war Pascal Couchepin, der vor zwei Jahren im Bundesrat durchgedrückt hat, dass mit der EU Verhandlungen über ein Agrar-Freihandelsabkommen aufgenommen wurden. Heute nun sind wir am Punkt, dass Bundesrätin Doris Leuthard landauf, landab Werbung für ein Abkommen mit der EU macht, womit unsere Grenzen für Landwirtschaftsimporte voll geöffnet werden sollen.

Wer die Struktur unserer Landwirtschaft kennt, weiss, was ein solches Abkommen für unsere Bauern bedeuten würde. Wir haben Landwirtschaftsbetriebe bis weit ins Berggebiet hinauf. Die Durchschnittsgrösse der Bauernbetriebe in unserem Land beträgt kaum 20 Hektaren, in der EU haben zahlreiche Betriebe zwischen 50 und 100 Hektaren keine Chance zum Überleben. Im Klartext: Wer sich

für Landwirtschafts-Freihandel mit der EU einsetzt, weiss im Voraus, dass damit die Schweizer Bauernlandschaft in ihrer bisherigen Struktur kurzerhand weggeputzt wird.

In diesem Zusammenhang ist in Erinnerung zu rufen, welche unsinnigen Behauptungen der Bundesrat gegenüber dem Schweizer Volk bei den 40-Tonnen-Lastwagen / beim Bau



der NEAT in die Welt gesetzt hat. Der Bundesrat hat damals sogar im offiziellen Abstimmungsbüchlein ge-

Deckt Ihren täglichen Bedarf an Informationen!

Aktuelle Infos, Reportagen, Trends, Porträts, Praxis-Beispiele und vieles mehr.

MIT GESCHENK!

«die grüne»

Das Fachmagazin für die Schweizer Landwirtschaft vermittelt alle 14 Tage umfassende Hintergrundinformationen zu Agrarwirtschaft, Tierhaltung, Management, Markt und Politik.

Einzelverkaufspreis
«die grüne» Fr. 4.40
d.h. 7x für nur Fr. 20.–
(statt Fr. 30.80)

Sie sparen Fr. 10.80

«BauernZeitung»

Die Wochenzeitung der bäuerlichen Organisationen in der Schweiz, mit drei Regionalausgaben.

Einzelverkaufspreis
BauernZeitung Fr. 2.20
d.h. 13x für nur Fr. 20.–
(statt Fr. 28.60)

Sie sparen Fr. 8.60

Erhalten Sie dieses starke Duo jetzt zum Spartarif!

Jetzt Schnupper- oder Jahresabo anfordern!

- Ja, ich möchte «die grüne» im Schnupperabo zum Kennenlernen 7 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 30.80
- Jahresabo für Fr. 92.– statt Fr. 114.40 (26 Ausgaben)
Ihr Geschenk: Taschen-Messband
- Kombipreis: Bei bestehendem Abo oder als Neuabonnent der «BauernZeitung» erhalten Sie «die grüne» für Fr. 77.– statt Fr. 92.–.
Sie sparen Fr. 15.–.
Ihr Geschenk: Taschen-Messband

- Ja, ich möchte die «BauernZeitung» im Schnupperabo zum Kennenlernen 13 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 28.60
- Jahresabo 52 Ausgaben für Fr. 86.– bzw. Fr. 103.– / Fr. 111.– mit Regionalzeitung
Ihr Geschenk: Schlüsselanhänger

Coupon einsenden an:
Schweizer Agrarmedien GmbH,
Postfach 228, 3000 Bern 15

Absender Herr Frau

Name / Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum

AM08SVP

Am schnellsten gehts per Tel. 031 958 33 37 oder
Fax 031 958 33 34 oder auf www.agrarmedien.ch



schrieben, es werde «keine Lastwagenlawine» geben. Was geschah, ist bekannt: Innert Rekordzeit haben sich die Prognosen des Bundesrats als katastrophal falsch erwiesen. Altbundesrat Otto Stich stellte damals gegenüber seinen Kollegen sogar die provokative Frage: «Dummheit oder Betrug?» Muss dieselbe Frage «Dummheit oder Betrug?» nun auch bei den Behauptungen des Bundesrats in Sachen Agrar-Freihandel gestellt werden?

Leider vertritt der Bundesrat immer öfter nur noch die Interessen von einzelnen Interessengruppen statt diejenigen der Gesamtbevölkerung.

Aber es ist wohl einmalig, dass die betroffenen Bauern von «Kamikaze-Freihandel» sprechen (so hat sich ausdrücklich der Präsident des Schweizerischen Bauernverbands geäussert), der Bundesrat behauptet jedoch kaltschnäuzig, dieser Freihandel sei für die Bauern positiv und biete ihnen eine «grosse Chance». Man kann natürlich auch so zynisch sein, einen Nichtschwimmer ins Wasser zu werfen und ihm gleichzeitig weiszumachen, das sei nun eine grosse Chance, endlich schwimmen zu lernen ...

Bei den Falschaussagen bezüglich 40-Tonnen-Lastwagen konnte man

wenigstens noch argumentieren, die Folgen seien nicht so gravierend, weil es «nur» um den Nord-Süd-Verkehr zwischen Basel und Chiasso geht. Nun aber steht die gesamte Landwirtschaft auf dem Spiel mit wichtigsten Fragen: Werden ganze Teile der Schweiz vergammeln, weil die Landschaft nicht mehr von den Bauern bewirtschaftet wird? Behalten wir die Kontrolle über die Frage, ob Lebensmittel gesund und unter Einhaltung von Tierschutzregeln produziert werden? Ist die Ernährung der Schweiz auch in Krisenzeiten sichergestellt, wenn Lebensmittel weltweit knapp werden und jedes Land nur noch für sich schaut?

Warum waren wohl damals die Linken und sogar die Grünen (!) für die Öffnung der Grenzen für schwere Lastwagen? Weil sie dachten, das sei gut für die Schweiz, oder weil sie in die EU wollten? Und weshalb will der Bundesrat heute diesen «EU-Agrar-Freihandel»? Denkt er im Ernst, das sei positiv für die Schweiz? Oder wollen die massgebenden Leute in Bundesbern einfach die Bauern eliminieren, um dann umso ungehemmter in die EU segeln zu können?

OPPOSITION MIT ERFOLG

Patrick Freudiger, Stadtrat Langenthal

Opposition konkret

Seit dem 12. Dezember 2007 ist die SVP nicht mehr Regierungs-, sondern Oppositionspartei. Politiker anderer Parteien und Medien reagierten darauf mit Schadenfreude, Häme und einer guten Portion Selbstgefälligkeit. Hier ein paar Beispiele:

Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin SP/BS: «Die Opposition der SVP ist mehr ein PR-Gag als eine ernst zu nehmende Sache.»

Die CVP dozierte: «Die SVP kann nicht ein Doppelspiel betreiben und einerseits die Opposition proklamieren und weiterhin zwei Vertreter im Bundesrat haben.»

Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz, verkündete gross-spurig: «Angst zu haben braucht man vor dieser destruktiven SVP-Politik nicht.»

Die «Basler Zeitung» wandte sich an die Abwähler: Diese müssten sich nun geschlossen zu «Respekt und Anstand verpflichten und so die polternde Opposition ins Leere laufen lassen».



Der «Tages-Anzeiger» proklamierte, die Opposition werde «für die Partei [Anm.: die SVP] schwieriger als für das Land und den Bundesrat».

Selbst die Tatsache, dass innert nur zwei Wochen nach der Abwahl Christoph Blochers 10 000 Personen neu der SVP beitraten, liess die anderen Parteien nicht bescheidener werden.

Am 16. März dieses Jahres stand dann die erste Generalprobe der Parteien seit den National- und Ständeratswahlen an. In den Kantonen St.

Gallen und Schwyz wurden Parlament und Regierung neu gewählt. In St. Gallen ging die CVP mit drei Regierungsratskandidaten ins Rennen. Darunter war auch Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, bekannt geworden durch ihren ebenso niederträchtigen wie erfolglosen Putschversuch gegen Christoph Blocher. Noch vor den Wahlen verkündete die CVP St. Gallen in einem Communiqué: «Seit einem Monat orientierungslos nach ihrer Rolle suchend, lässt sich die St.Galler SVP gemäss ihrem Präsidenten weiterhin nur von Verhinderungs- und Frust-Motiven leiten.»

Wahltag ist Zahltag. Insbesondere für die CVP. Nur einer der drei Regierungsratskandidaten wurde im ersten Wahlgang wiedergewählt. Eine Wahl von Lucrezia Meier-Schatz im zweiten Wahlgang war so unwahrscheinlich geworden, dass sie von der Partei fallen gelassen wurde. Wer selbst mit Intrigen Politik macht, kann sich halt nicht auf das Vertrauen anderer verlassen.

Grosse Siegerin der Wahlen in St. Gallen und Schwyz ist die SVP. In

St. Gallen konnte sie ihren Wähleranteil von 25% auf 35% verbessern und verfügt neu über 41 Sitze im 120-köpfigen Kantonsrat. Im Kanton Schwyz konnte die SVP ihren Wähleranteil von 29 auf 36,7% steigern und besetzt nun 41 der 100 Sitze im Kantonsparlament. In beiden Kantonen überholte die SVP erstmals die CVP als stärkste Partei. Die SP sackte demgegenüber geradezu ein. In St. Gallen wurde ihre Fraktion vom Souverän um mehr als die Hälfte dezimiert und verfügt nun über einen Restbestand von 16 Vertretern. Im Kanton Schwyz verlor sie 6 Mandate und verfügt neu noch über deren 9.

In den Kantonen Uri und Thurgau ging es dann gleich weiter mit dem Siegeszug der SVP: Im Kanton Uri konnte sie ihre Sitzzahl auf Kosten der Mitte-Parteien mit 8 neuen Mandaten fast verdoppeln und belegt nun 17 Parlamentssitze. Im Kanton Thurgau, wo die SVP bereits stärkste Partei ist, konnte sie 4 neue Mandate gewinnen und belegt nun 51 Sitze. Die SP demgegenüber verlor 4 Sitze und verfügt neu nur noch über 17 Vertreter im Thurgauer Kantonsrat.

Selbst bei den Regierungswahlen hat die SVP Siege errungen. All diejenigen, welche die SVP-Politik als regierungsuntauglich bezeichnen, sind vom Souverän einmal mehr korrigiert worden. Ein klarer Denktzettel an jene Mitte-Links-Koalition, welche die SVP am 12. Dezember 2007 in die Opposition gedrängt hat:

Im Kanton Schwyz gewann die SVP einen Sitz auf Kosten der FDP und verfügt nun mit Walter Stälin und Andreas Barraud über zwei Regierungsräte. In den Kantonen Nidwalden (mit Ueli Amstad) und St. Gallen (mit Stefan Kölliker) zog die SVP erstmals in der Geschichte in die Exekutive ein. Wiederum auf Kosten der CVP (NW) bzw. der FDP (SG).

Die selbstgefällige Schweizer Politikerkaste mag sich über den Oppositionskurs der SVP Schweiz herablassen. Ein grosser Teil der Stimmbürger hingegen hat sehr wohl Vertrauen in die SVP.

Alt SP-Präsident Peter Bodenmann bemerkte mit Blick auf die SVP einmal hämisch: «Opposition ist hartes Brot.» Tatsächlich. Die Frage ist nur, für wen.

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG

• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf tel. Anmeldung
www.raferfeld.com
bettwaren@raferfeld.com

**Fahrschule Auto und Motorrad
WALTI BÜRKI**

5507 Melligen
079 221 21 00
Im Kanton Aargau
Spezialtarif für SVP-Sympathisanten!



*SVP-Mitglieder
aus der ganzen Schweiz
sind herzlich willkommen!*



SVP Frauen Kanton Zürich

SVP-Studienreise nach Stockholm

«30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden»

Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. September 2008

Programm:

- Referat: Der schwedische Arbeitsmarkt
- Referat: Die Besonderheiten des politischen Systems Schwedens
- Referat: Das Schwedische Gesundheitswesen und die Altersvorsorge
- Empfang mit schwedischen Parlamentariern
(Referate in Englisch mit deutscher Zusammenfassung)
- 3-stündige Stadtrundfahrt in Deutsch mit Besuch des Stadthauses, der «Blauen Halle» und dem «Goldenen Saal» (Nobelpreis-Verleihung)
- Ausflug in die unvergleichlich schöne Insel- und Schärenwelt, Midsommer-Bufferet «Smörgsbord» auf der Insel Grinda

Kosten & Leistungen:

Preis pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1355.-

Preis pro Person im Einzelzimmer: Fr. 1645.-

- Flüge Zürich-Stockholm-Zürich mit SAS Scandinavian Airlines, Economy
- 3 Übernachtungen im Hotel Hasselbacken**** mit Frühstück

Im Basispreis nicht berücksichtigt sind alle nicht erwähnten Mahlzeiten, Getränke und Transfers und Annullierungskosten-/SOS-Versicherungen.

Organisation/Begleitung:

- **Rita Gygax**, Präsidentin SVP Frauen Schweiz
- **Jacqueline Hofer**, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich, www.svpfrauen.ch
- **Inge Schütz**, SVP International, www.ingeschuetz.ch

Anmeldung:

SVP-Studienreise nach Stockholm, Do. 18. bis So. 21. September 2008

Ich melde mich hiermit definitiv an!

Name /Vorname: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Telefon/Natel: _____

Zutreffendes ankreuzen: Doppelzimmer zusammen mit: _____

Einzelzimmer

Annullierungskosten-/SOS-Versicherungen à Fr. 69.-

Datum/Unterschrift: _____

Anmeldungen an:

Jacqueline Hofer, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich

Postfach 530, 8600 Dübendorf, Tel. 044 820 20 90, Fax 044 820 20 85

Anmeldeschluss:

Dienstag, 15. Juli 2008. Es stehen max. 35 Plätze zur Verfügung.

Bei Überbuchung nach Eingang der Anmeldung.

Programmänderungen bleiben vorbehalten.

Jacqueline Hofer, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich

Ein klares Ja zum Verfassungsartikel «Für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»

Wir wollen Qualität, Transparenz und Wettbewerb. Wir möchten wissen, welcher Leistungserbringer qualifiziert ist und wo gute Ärzte, Pflegeheime und Spitäler sind. Patientinnen und Patienten sollen ihre Ärzte frei wählen können. Dank Transparenz und Wahlfreiheit und somit dem Wettbewerb steigt die Qualität der Leistungen und die Kosten sinken.

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist bedenklich. In den letzten zehn Jahren sind die Prämien um ca. 60 % gestiegen. Aus diesem Grund hatte die SVP die Prämien-senkungsinitiative lanciert. Dass die SVP die Sache auf den Punkt gebracht hatte, bestätigte die darauf folgende Ausarbeitung eines Gegenvorschlages durch den Bund. Nun steht der Gegenvorschlag zur Abstimmung, woraufhin die SVP ihre Initiative zurückgezogen hat.

Am 1. Juni 2008 haben Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Möglichkeit, ein deutliches politisches Signal zu setzen. Es gilt, eine verfassungsmässige Grundlage für die Ausgestaltung des Versicherungsge-

setzes zu schaffen. Anstrengungen verschiedenster Reformen des Krankenversicherungsgesetzes können nicht genügen. Als solides Fundament brauchen wir eine klar definierte Gesetzesregelung und somit den vorliegenden greifenden Verfassungsartikel. Er spricht sich für Transparenz und Wettbewerb aus, was zu mehr Qualität und tieferen Preisen führt.

Leistungen sollen wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein

Leistungen und Tarifstrukturen von Ärzten und Spitälern müssen transparent gemacht werden. Nur so ist für den Laien ein Vergleich der medi-



zischen Angebote und Leistungen möglich. Die Allgemeinheit soll somit Zugang zu einer qualitativ hochstehenden medizinischen Versorgung zu einem angemessenen Preis erhalten.

Förderung der Eigenverantwortung

Auch die Eigenverantwortung der Patienten wird im Verfassungsartikel festgehalten. Neu sollen diese ihre Ärzte unter den eingangs erwähnten Leistungserbringern auswählen und die optimale Behandlungsmethode frei bestimmen können. Auf stationärer Ebene wird als grundlegende Änderung die monistische Finanzierung eingeführt, d. h., Spitäler werden bei stationären Behandlungen nur noch aus einer Hand bezahlt. Mit dem Ziel, dass Bund und Kantone ihre Aktionen besser koordinieren.

Krankenkassen dürfen nach wie vor nicht profitorientiert sein.

Zweifel der Gegner sind unberechtigt und haltlos

Wer behauptet, dass mit der Annahme des Verfassungsartikels eine Zweiklassenmedizin und die Vertragsfreiheit in der Schweiz eingeführt würde und dass es bei dieser Abstimmung um einen Abbau in der Grundversicherung gehe, liegt falsch. Weder Änderungen bei der Pflege sind ein Thema, haben sich doch das Volk und die Stände bereits deutlich dagegen ausgesprochen, noch wäre eine Einführung der Vertragsfreiheit auf dieser Ebene möglich. Nur eine entsprechende Gesetzesänderung könnte dies bewirken.

Die Mängel im Krankenversicherungsgesetz und die damit verbundene Prämienexplosion sind mit weniger Regulierungen und mehr Wettbewerb zu korrigieren. Die Eigenverantwortung ist zu fördern, ohne dass der Solidaritätsgedanke verloren geht. Grundsätze wie Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit bilden die Basis dieser neuen Gesetzesgrundlage. Mit einem Ja verankern wir das Ziel einer hohen Qualität der medizinischen Leistungen in der Verfassung. Kostensenkungen zulasten der Qualität werden somit verunmöglicht.

Die Gesundheit ist unser kostbarstes Gut. Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf Qualität, Wettbewerb und Transparenz im Gesundheitswesen. Deshalb ein klares Ja zum Gesundheitsartikel am 1. Juni.

Werbung

SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy. Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:
Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.

Nationalrat Toni Bortoluzzi, SVP ZH

Unterstützen Sie das Referendum gegen das Betäubungsmittelgesetz!

Die Resultate der weltweit einzigartigen Drogenpolitik unseres Landes sind erschreckend: immer mehr Drogenprobleme in unserer Gesellschaft mit wachsenden Zahlen junger Drogenkonsumenten und immer mehr Drogenhandel mit mafiösem Charakter. Der Schaden, welcher unserer Volkswirtschaft durch den Drogenkonsum verursacht wird, beträgt jedes Jahr 4,1 Milliarden Franken. Diese Summe entspricht fast einem Hundertstel des gesamten Volkseinkommens der Schweiz. Doch statt den Betäubungsmittelkonsum mit einem wirk-samen Gesetz zu bekämpfen, hat das Parlament der Drogensucht mit dem vorliegenden Gesetz Tür und Tor geöffnet.

Keine konsequente Durchsetzung des Betäubungsmittelverbots mehr

Ein Betäubungsmittelgesetz wäre – wie es der Name schon sagt – ein Gesetz zur Durchsetzung des Betäubungsmittelverbotes bzw. seiner Ausnahmen davon. Der Fokus läge – würde denn der Gesetzgeber seinen Auftrag richtig wahrnehmen – auf Verboten, Strafbestimmungen, Jugendschutz und Kontrollen und zielte schon rein quantitativ auf eine Minderheit der Bevölkerung ab. Anhand der oben gewählten Formulierung wird schnell ersichtlich, dass das Parlament einmal mehr seinen Auftrag nicht richtig wahrgenommen und Hand zur Lockerung der Drogenpolitik geboten hat. Statt eines Betäubungsmittelgesetzes hat das Parlament ein allgemeines Suchtmittelgesetz erlassen. Dieses öffnet den Fächer der davon betroffenen Stoffe



und des Suchtverhaltens und hat den Schwerpunkt in den Bereichen Prävention, Therapie und Schadensminderung. Es zielt auf breitere Bevölkerungsschichten ab. Als Konsequenz wird eine Abstinenz, früher Hauptziel der Drogenpolitik, zur Nebensächlichkeit degradiert. Stattdessen wird die Rauschgiftabgabe massiv aufge-

wertet. Für die Weitergabe von Kleinmengen wird gar eine Straffreiheit eingeführt. Damit werden Drogenhändler leichtes Spiel haben.

Der Staat zieht sich aus der Drogenbekämpfung zurück ...

Statt die Eltern bei ihren Bemühungen, die Kinder von Drogen fernzuhalten, zu unterstützen, zieht sich der Staat von der Aufgabe der Drogenbekämpfung, also illegale Geschäfte im Interesse der Gesellschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen, zurück. Dies hat fatale Folgen. Denn die langjährige Verharmlosung der verschiedenen Rauschgifte führte bereits in der Vergangenheit viele junge Menschen in die Drogenabhängigkeit. Wenn sich jetzt der Staat weiter zurückzieht, dann wird die Vergiftung unserer Jugend weiter vorangetrieben.

Kämpfen auch Sie gegen das verfehlte Betäubungsmittelgesetz!

Dieser verfehlten Suchtpolitik muss Einhalt geboten werden. Mit der Unterstützung des Referendums erhalten die Stimmbürger die Möglichkeit, der Gleichgültigkeit, die zu Lasten der Prämienzahler geht, welche via Krankenkassenprämien für die Folgen des Drogenkonsums aufkommen müssen, einen Riegel zu schieben. Das vorliegende Betäubungsmittelgesetz setzt keine klaren Grenzen und sieht die Förderung der Abstinenz nur als ein Mittel unter vielen. Der Zentralvorstand der SVP Schweiz hat deshalb an seiner Sitzung vom 29. Februar 2008 einstimmig beschlossen, das Referendum gegen das Betäubungsmittelgesetz zu unterstützen. Wir bitten Sie, den beigelegten Referendumsbogen zu unterschreiben und an das Referendumskomitee zurückzusenden. Die SVP fordert, dass der Staat mit Nachdruck auf die Gefährlichkeit aller Rauschgifte hinweisen und Therapien fördern soll, die zu einem drogenfreien Leben führen.

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

cockpitKMU®

- Erfolg ist machbar
- Für Praktiker
- 30 gratis Downloads

www.cockpitKMU.ch
reinschauen lohnt sich!

CH Ehepaar mit 20 Jahren Erfahrung übernimmt für Sie in Ihrem Ein- oder Mehrfamilienhaus die Hauswartung und Umgebungspflege.

Region Limmattal, Stadt Zürich bis Grenze Zollikon/Küsnacht Wir unterbreiten Ihnen gerne eine unverbindliche Offerte.
R. + M. Kottmann, Telefon 076/576.34.62

Elektronische Verwaltung und Organisation von Orts- und Amtsparteien.

Zentrale Ablage, Internetzugriff, Benachrichtigung, Versionierung, flexibel, anpassbar, Office-Integration.

Dokumente, Termine, Pendenzen, Vorstand, Sitzungen, Rapportierung...

<http://www.hurco.ch/Vereinsverwaltung.htm>

Mein berufliches Umfeld möchte ich gerne per 1. August 08 verändern.
Mein fundiertes Wissen ist im Dunstkreis der Bürotätigkeit, Immobilienvermarktung.

Angebote bitte an klartext@svp.ch oder brieflich an
Generalsekretariat SVP CH
Brückfeldstrasse 18, PF 8252, 3001 Bern

Vandalismus gegen Argumente

Im Abstimmungskampf zur Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» tritt die SVP mit einem bekannten Motiv auf. Das Bild mit den Händen, die nach den Pässen greifen, wurde bereits im Jahr 2004 für die Kampagne zu den Einbürgerungsvorlagen verwendet. Im Jahr 2008 wird massiv Polemik gegen dieses Plakat gemacht und die Gegner machen dabei auch vor gesetzwidrigen Aktionen nicht halt. So wurden in Nyon VD Abstimmungsplakate mit schwarzer Farbe übermalt oder das Megaplakat an der Pfingstweidstrasse in Zürich zerstört.

Der Gemeinderat von Moutier BE liess verlauten, dass das Plakat in der Stadt nicht angebracht werden dürfe – das Plakat stigmatisiere die ausländische Bevölkerung ungerechtfertigt. Dieses Vorgehen der Gemeindebehörden von Moutier ist undemokratisch und kommt einer Zensur gleich. Die Abstimmungsinformation wird von staatlicher Seite einseitig und wertend beeinflusst, die freie Meinungsäusserung eingeschränkt. Die Forderungen entbehren jeder – auch rechtlichen – Grundlage, wurden doch bisher alle Klagen gegen SVP-Plakatkampagnen abgewiesen. Das Sujet der aktuellen Plakatkampagne widerspiegelt die steigenden Einbürgerungszahlen der letzten Jahre sowie die sinkenden Anforderungen an die Antragssteller. In diesem Zusammenhang zeigt das Sujet die Realität in der Schweiz auf. Die Einbürgerungsinitiative der SVP will den Gemeinden wieder das letzte Wort bei Einbürgerungsentscheiden geben. Die endgültige Entscheidung, wer Schweizer werden soll und wer nicht, muss ein politischer Entscheid bleiben und darf nicht zum Verwaltungsakt verkommen. Darum braucht es am 1. Juni ein Ja zur Einbürgerungsinitiative!

mungsinformation wird von staatlicher Seite einseitig und wertend beeinflusst, die freie Meinungsäusserung eingeschränkt. Die Forderungen entbehren jeder – auch rechtlichen – Grundlage, wurden doch bisher alle Klagen gegen SVP-Plakatkampagnen abgewiesen. Das Sujet der aktuellen Plakatkampagne widerspiegelt die steigenden Einbürgerungszahlen der letzten Jahre sowie die sinkenden Anforderungen an die Antragssteller. In diesem Zusammenhang zeigt das Sujet die Realität in der Schweiz auf. Die Einbürgerungsinitiative der SVP will den Gemeinden wieder das letzte Wort bei Einbürgerungsentscheiden geben. Die endgültige Entscheidung, wer Schweizer werden soll und wer nicht, muss ein politischer Entscheid bleiben und darf nicht zum Verwaltungsakt verkommen. Darum braucht es am 1. Juni ein Ja zur Einbürgerungsinitiative!

Werbung

Gute Geschäftsmöglichkeit

Sie sind seriös, selbstständig, positiv und lieben Kontakt mit Leuten.

Dann informieren Sie sich unter www.freizeit-einkommen.ch

Die seriöse Geldanlage für den Kleinanleger!



Kapitalanlage Ferien auf der Fiescheralp

Privatfinanzierung mit 10 Jahre Erfahrung!

Ihre Geldeinlage

Fr. 10'000.-
Fr. 20'000.-
Fr. 30'000.-
usw. ...



Ihre Sicherheit
Pfandbrief
im 1. Rang

6 % ZINS

3% Barzins + 3% in Gutscheinen
für Rest. **Bergfreund** + Hotel **Alpenblick**

Informationen: Holzer Fabian, Hotel Alpenblick, 3984 Fieschertal
alpenblick@rhone.ch Tel. 0041(0)279701660 Fax. 0041(0)279701665



SVP-HIT
SVP-Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Egal wieviel Nächte!

FR. 50.-
pro Person/Nacht

RE/MAX



Immobilienverkauf ist Vertrauenssache.

Spielen sie mit dem Gedanken Ihre Liegenschaft zu verkaufen? Wir erledigen für Sie den Haus- oder Wohnungsverkauf von A – Z. Profitieren Sie von unserem einmaligen Netzwerk und von einem **gewinnbringenden Verkauf** Ihrer Liegenschaft.



Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 043 817 17 11
luki.sutter@remax.net

zhaw Angewandte Linguistik
IAM Institut für Angewandte Medienwissenschaft
was wissen bewegt
kommunikation

«In drei Jahren Wähler gewinnen – jetzt professionell schulen!»

Certificate of Advanced Studies
Politische Kommunikation

24 Kurstage à 8 Lektionen plus Projektarbeit,

21.8. bis 19.12. 2008,

freitags und samstags, 9.00 – 17.00 Uhr

Weitere Informationen: www.linguistik.zhaw.ch/iam/politische-kommunikation

Kooperation mit www.berner-politgesprache.ch

Informationsapéros:

7. Mai und 28. Mai 2008, 18.30 Uhr

Anmeldung unter info.iam@zhaw.ch

IAM Institut für Angewandte Medienwissenschaft

Zur Kesselschmiede 35

8401 Winterthur

Jetzt zugreifen – die Geschenkidee!

Wer als Unternehmer, Offizier oder Politiker derart erfolgreich ist wie Christoph Blocher, dessen Erfolgsgeheimnis möchte man ergründen. Das hat Matthias Ackeret in langen Gesprächen getan; sie liegen nun in diesem Buch vor: Christoph Blocher stellt darin seine Führungsphilosophie und seine Führungsprinzipien vor und erklärt, wie es ihm scheinbar mühelos gelingt, in allen Lebensbereichen grosse Leistungen zu erbringen.



www.blocher.ch

210 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-85801-188-6



Bestellschein mit Spezialrabatt

___ Expl. Matthias Ackeret Das Blocher-Prinzip **CHF 30.–** statt 38.–
(exkl. Porto)

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung einsenden an: DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern – Fax 031 398 42 02 – E-Mail idee@jsvp.ch

TRUN

INTEGRIERT

Microsoft®

Your potential. Our passion.™

ISOLIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch